



öffentlich

**Betreff:**

Zusätzliche Stellplätze für Rollstühle und Kinderwagen im ÖPNV

**Einreicher:** Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 11.04.2017

Eingang 922:

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
03.05.2017	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemeinsam mit dem ViP zu prüfen, wie in Straßenbahnen und Bussen weitere zusätzliche Stellplätze für Rollstühle und Kinderwagen angeboten werden können.

Das ist vorzugsweise für die Linien zu prüfen, wo wiederholt Fahrgäste mit Rollstühlen oder Kinderwagen wegen Überfüllung zurückgelassen werden mussten.

Die Prüfung umfasst nachträgliche Umbauten von Fahrzeugen sowie entsprechende Berücksichtigung bei der Neubeschaffung von Fahrzeugen.

Das Ergebnis der Prüfung ist der Stadtverordnetenversammlung im Juli 2017 vorzulegen.

gez. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg  
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Beschlussverfolgung gewünscht:**

**Termin:**

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

**Begründung:**

Beim 44. Forum für Menschen mit Behinderung am 06.04.2017 wurde von Betroffenen mehrfach die Kritik vorgetragen, dass auf einigen Potsdamer ÖPNV-Linien wiederholt Menschen mit Rollstühlen und/ oder Menschen mit Kinderwagen zurückgelassen werden mussten, weil bereits alle verfügbaren Plätze in den Fahrzeugen belegt waren. Um diesen Missstand künftig zu verringern, möge die Prüfung erfolgen, ob zu Lasten einiger Sitzplätze zusätzliche Abstellmöglichkeiten in den Fahrzeugen des ViP eingerichtet werden können. Das ermöglicht den betroffenen Menschen die selbständige Teilhabe am öffentlichen Leben in Potsdam.